



Bern, 27. November 2015

Es gilt das gesprochene Wort

**Medienkonferenz zur Studie «Städte und ihre Steuern»
27. November 2015, Bern**

Alexandre Schmidt, Gemeinderat von Zürich, Vorstandsmitglied der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD

„Den Motor drehen lassen“

Sehr geehrte Medienschaffende, sehr geehrte Damen und Herren

Die Studie zeigt es eindrücklich: Den Städten kommt eine zentrale Rolle in der Schweizer Volkswirtschaft zu. Die Städte haben einen grossen Motor und bringen unser Land voran. Die Städte finanzieren bei weitem nicht nur sich selber, sondern auch überproportional Bund und Kantone sowie via innerkantonalen Finanzausgleich auch die Landgemeinden. Es geht also hier nicht einfach nur um städtische Interessen und städtische Finanzen, die wir vor Ihnen breitlegen. Sondern um deren richtige Berücksichtigung, was der Kohäsion dient.

Wir sind stolz darauf, dass von unseren brummenden städtischen Wirtschaftsmotoren auch andere profitieren. Daran wollen wir nichts ändern. Unsere Motoren müssen aber drehen und nicht durch politische Fehler abgewürgt werden. Garant dafür wäre Einbindung, die aber heute fehlt. Wie sehr finanz- oder steuerpolitische Reformen auf die Städte durchschlagen und welche Auswirkungen dies hat, wird weitherum unterschätzt. Wir haben gerade eine Serie der Enttäuschungen erlebt. Dabei wäre es das Normalste, dass wir unserer Leistung entsprechend am Tisch sitzen, wenn über unsere Zukunft beschlossen wird.

Nehmen wir jede beliebige Botschaft des Bundesrates über Steuerreformen, so die beiden Volksinitiativen über die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer oder zur Heiratsstrafe. Obwohl solche Vorhaben – wie generell die Steuergesetzgebung des Bundes – massive finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden hat, werden diese kaum beleuchtet. Hier fehlt es deutlich an Transparenz als Voraussetzung für die Mitwirkung.

Das Paradebeispiel unserer Enttäuschungen ist die Unternehmenssteuerreform III. Während die Auswirkungen auf die Gemeinden offenbar nicht als relevant gelten, werden die Auswirkungen auf die Kantone sorgsam abgedeckt. Sie erhalten eine Kompensation (nach dem Beschluss des Bundesrates von einer Milliarde; nach dem Antrag der ständerätlichen Kommission von 1,2 Milliarden), ohne jede Verpflichtungen, diese Kompensation anteilmässig an die Gemeinden weiterzuleiten. Diese unsere Forderung war Bundesrat und der ständerätlichen Kommission aber bekannt.



Noch gar nicht aufgearbeitet ist auch Folgendes: Mit der USR III werden bei einer Vielzahl von Gemeinden Einnahmen wegbrechen, damit auch Beiträge in innerkantonale Finanzausgleichssysteme. Unterblieben ist jegliche Simulation dieser Effekte.

Bleiben wir gerade beim Finanzausgleich. Die Städte gehören weitherum zu den Nettozahlern. Es gebührt darum, deren Lasten korrekt im System zu berücksichtigen. Doch werden die steigenden soziodemografischen und Zentrumslasten der Städte innerkantonale und national nach wie vor ungenügend abgegolten. Wie der letzte Wirksamkeitsbericht zur NFA zeigt, werden städtische Lasten im Durchschnitt zu 8 Prozent abgegolten. Im Vergleich dazu: bei geografisch-topografischen Sonderlasten von Berg- und Randregionen sind es 35 Prozent. Wir haben hier ein massives Ungleichgewicht, das die Bedeutung der Städte missachtet. Es braucht eine Umpfropfung vom geographisch-topographischen zum soziodemografischen Ausgleichstopf innerhalb der NFA, ein Anliegen das der Städteverband schon länger deponiert hat. Nur so können die Städte ihre Attraktivität zum Wohle des ganzen Landes erhalten.

Für die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD ist das Gesamtbild nicht akzeptabel. Die Städte sind stolz auf ihre Rolle in der Schweiz und durchaus bereit, ihren Beitrag zu leisten. Dass der Beitrag hoch ist, wurde erstmals erhoben und ist nun zweifelsfrei belegt. Artikel 50 der Bundesverfassung besagt, dass der Bund bei seinem Handeln auf die besondere Situation der Städte Rücksicht zu nehmen hat. Nur so ist eine finanzielle Berechenbarkeit und Sicherheit für die Städte gewährleistet, auf die sie und mit ihnen der Wirtschaftsstandort Schweiz zwingend angewiesen sind. Den Motor muss man drehen lassen. Die Städte müssen attraktiv bleiben.

Die Stimme der Städte ist im politischen Prozess untervertreten, besonders unter Berücksichtigung des finanziellen Kraftakts, den die Städte leisten. Unser Unverständnis ist umso grösser, als dass die Schweiz der Champion der Einbindung der Interessen in Entscheidungsprozesse ist. Werden aber wie vorliegend wesentliche Akteure nicht eingebunden, führt dies zu unnötigen und vermeidbaren Konflikten und bringt letztlich Ineffizienz bei der Lösungsfindung. Spätestens seit heute wissen wir, welche immense Bedeutung die Städte für die Finanzierung der Aufgaben der öffentlichen Hand haben. Die normalste Antwort auf unsere Studie ist, dass der Bund sich für seine wichtigsten Financiers öffnet.

Der entsprechende Wechsel im Finanzdepartement bietet eine Chance für einen Neubeginn. Jedes Unternehmen legt grössten Wert darauf, seine umsatzstarken Kunden abzuholen. Diese werden im Rahmen eines Key account management speziell betreut. Ein entsprechendes Pendant ist neu zu schaffen. Eine Art städtischer Beirat mit den 10 wichtigsten städtischen Beitragszahlern wäre eine adäquate Übersetzung auf Bundesebene.